

Die aktuelle Sicherheits- und Militärpolitik Russlands

Autor(en): **Goertz, Stefan**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift**

Band (Jahr): **186 (2020)**

Heft 12

PDF erstellt am: **18.07.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-905677>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Die aktuelle Sicherheits- und Militärpolitik Russlands

Der russische Generalstabschef Waleri Wassiljewitsch Gerassimow thematisierte im Jahr 2013 eine neue Form der politisch-militärischen Abschreckung, eine hybride, nicht-nukleare strategische Abschreckung. Er sprach dabei von einem künftigen «entgrenzten» Kampfgebiet: «Die Bekämpfung der Ziele des Feindes erfolgt über die gesamte Fläche seines Territoriums. Es verschwimmen die Grenzen zwischen strategischer, operativer und taktischer Ebene sowie offensiven und defensiven Operationen.

Stefan Goertz

Hochpräzise Waffen werden in grosser Zahl eingesetzt. Das Militär beginnt aktiv, Waffen, die auf neu entdeckten physikalischen Gesetzen basieren, sowie autonome Systeme zu implementieren.»¹ Die Essenz dieses hybriden Konzeptes spiegelt sich seit 2013 in der russischen Sicherheits- und Militärpolitik wieder, unter anderem in der Ukraine, in Libyen und in Syrien. Russland stellt seit 2014 die territoriale Integrität der Ukraine infrage, verschiebt die Grenze der Ukraine mit militärischen Mitteln, die Ostukraine befindet sich im Kriegszustand, Russland interveniert in den Bürgerkriegen in Syrien und in Libyen. Der russische Rüstungs- etat steigt seit Jahren, Rüstungskontrollverträge wie der Vertrag zum Verbot nuklearer Mittelstreckensysteme wurden aufgekündigt. Sowohl Russland als auch die NATO proben mit Militärmanövern Kriegsszenarien, sprich: Russland und die NATO befinden sich in einer militärischen Eskalationsspirale.² Die russische Regierung setzt seit spätestens 2014 auf militärische Stärke, um ihre ausserpolitischen Interessen in den post-sowjetischen Staaten, aber auch in Syrien und in Libyen durchzusetzen.

Dieser Beitrag untersucht die aktuelle Sicherheits- und Militärpolitik Russlands anhand der Beispiele Ukraine, Syrien und Libyen.

Russische Sicherheits- und Militärpolitik und die Ukraine

Seit sechs Jahren herrscht im Osten der Ukraine ein von Russland geschürter kriegerischer Konflikt, mit inzwischen mehr als 10 000 Toten. Doch relativ schnell schwand dieser von Russland begonnene



Sergej Shoigu, Wladimir Putin und General Gerasimow. Bilder: Wikimedia Commons

kriegerische Konflikt aus dem Fokus der westlichen Öffentlichkeit. Dieser Konflikt begann schon in den Tagen nach der Maidan-Revolution Anfang 2014. Am 27. Februar 2014 erreichten russische Soldaten ohne Hoheitsabzeichen die zur Ukraine gehörende Halbinsel Krim. Die öffentliche Rechtfertigung war, dass diese russischen Soldaten ohne Hoheitsabzeichen («Milizen») die Rechte der ethnischen Russen auf der Krim beschützen wollen. Sie besetzten strategisch wichtige Punkte, darunter das Regionalparlament und setzten eine neue Regionalregierung ein. Erst Monate später räumte Russlands Präsident Wladimir Putin im russischen Staatsfernsehen ein, dass es sich bei diesen «Milizen» um russische Spezialeinheiten gehandelt hatte.³ Bei einer Volksabstimmung auf der Krim am 16. März 2014 hatten nach offiziellen russischen Angaben mehr als 96 Prozent der Wählerinnen und Wähler für einen «Anschluss» an Russland plädiert.

Wenige Stunden später bezeichnete Wladimir Putin die Krim als «untrennbaren Teil von Russland». Als Konsequenz wurden die Halbinsel und die Stadt Sewastopol in den Souveränitätsbereich der Russischen Föderation eingegliedert und die auf der Krim lebenden Menschen wurden zu russischen Staatsbürgern erklärt. Weder die Volksabstimmung noch die Annexion der Krim werden bis heute international anerkannt.⁴

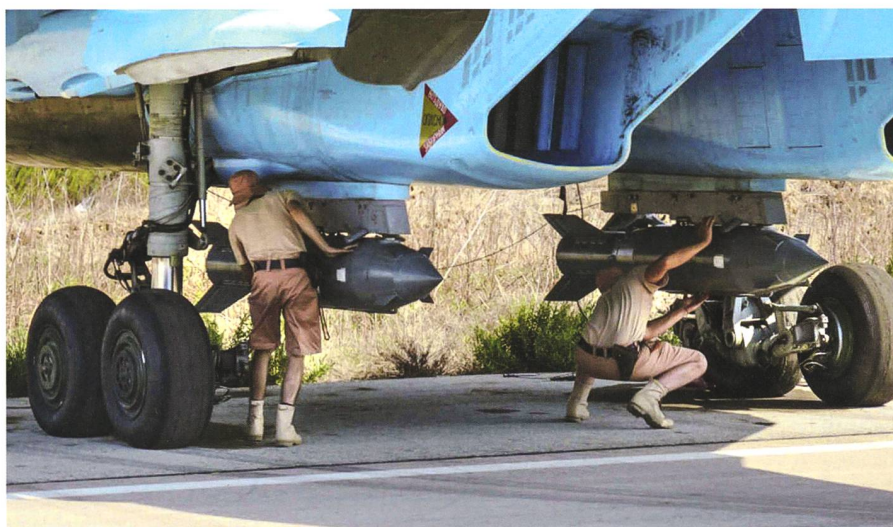
Nach Angaben des Deutschen Roten Kreuzes waren im Sommer 2018 rund 3,4 Millionen Menschen in der Ostukraine auf humanitäre Hilfe angewiesen. Etwa 2,8 Millionen Menschen wurden zur Flucht aus dem Osten der Ukraine gezwungen und das einstige Kohle- und Industriegebiet des Donezk-Beckens liegt in Trümmern.

Die russische Sicherheits- und Militärpolitik in Syrien

Ohne die militärische und finanzielle Unterstützung Russlands ab 2015 hätte



Seit 2014 besetzen russische Milizen (Spezialkräfte) die Krim.



Präzisionsgelenkte Munition für russische Sukhoi SU-34 Jets, die in Syrien eingesetzt werden.

das Regime von Baschar al-Assad wohl nicht überlebt. Bereits vor 2014 hatte Russland davor gewarnt, dass Syrien neuer Herd des Dschihadismus im Nahen und Mittleren Osten werden könnte. Spätestens nach der Gründung des «Islamischen Staats» wurde diese von Russland prognostizierte Gefahr real, weil sich immer mehr ausländische Kämpfer aus Europa, Russland, dem Kaukasus und Zentralasien dem IS und anderen dschihadistischen Gruppen in Syrien und im Irak anschlossen. Nach Angaben der Vereinten Nationen haben sich seit 2011 mehr als 40 000 Foreign Fighters aus 110 Ländern dschihadistischen Gruppen in Syrien und im Irak angeschlossen.⁵ Das International Centre for the Study of Radicalisation (ICSR) veröffentlichte im Juli 2018 die Zahl 41 490 Foreign Fighters in Syrien und im Irak.⁶ Nach Angaben russischer Sicherheitsdienste und unabhängiger Analysten kämpften 2015 etwa 15 000 russischsprachige Kämpfer aus dem Nordkaukasus, anderen Teilen Russlands und der tschetschenischen Exilgemeinde für

verschiedene islamistische Gruppen in Syrien, etwa die al-Nusra-Front oder Ahrar al-Scham. Ausserdem gab es in diesen Gruppen hunderte Kämpfer aus Aserbaidschan und den früheren Sowjetrepubliken in Zentralasien wie Tadschikistan und Usbekistan.⁷

Eines der Hauptziele der russischen Intervention in Syrien war die Wiederherstellung der militärischen und politischen Handlungsfähigkeit des syrischen Regimes. Durch die russischen Luftangriffe in Syrien wurden zwei Ziele schnell erreicht: Sie erhöhten einerseits die langfristigen Überlebenschancen des syrischen Regimes al-Assad und machten andererseits die Einrichtung einer Flugverbotszone durch westliche Armeen praktisch unmöglich und damit deren direkte Intervention gegen Assads Truppen sehr unwahrscheinlich. Zur gleichen Zeit propagierte Russland die Idee einer breiten in-

ternationalen Koalition gegen den IS, die auch das Assad-Regime einbeziehen sollte, um dessen internationale Isolation zu beenden. Mit dem Einsatz der russischen Luftwaffe von der Basis Hmeimim aus, südöstlich der Stadt Latakia, stärkte Putin auch seine diplomatische Position und machte deutlich, dass ohne seine Mitsprache keine Entscheidung über Syrien getroffen werden könne.⁸

Im Sommer 2020 zeigte sich die russische Regierung nach Angaben verschiedener Medien «unzufrieden» damit, dass iranische Streitkräfte an strategisch wichtige Stellen in Syrien zurückgekehrt seien. So zeigten Satellitenbilder, wie iranische Truppen sich an einem strategisch wichtigen Stützpunkt in der Nähe des Flughafens von Damaskus niedergelassen hätten. Quellen aus dem Umfeld des Kremls kommentierten die Entwicklungen wie folgt: «Russland muss einmal mehr mit ansehen, wie Damaskus sich von früheren Versprechen distanziert.» Denn nachdem Russland den syrischen Machthaber al-Assad mit Waffen, Soldaten und Geld an der Macht gehalten hat, fordert die russische Regierung nun, die Früchte seines Engagements in Syrien davontragen zu dürfen. Der Iran will jedoch seinen Einfluss nicht so leicht aufgeben und provoziert so Moskau und Israel, das Nachbarland Syriens.⁹

Der Streit um Einfluss in den verschiedenen Landesteilen ist Teil einer grösseren Auseinandersetzung zwischen den Garantiemächten Russland und Iran. Beide Nationen wollen im Gegenzug für ihre militärische und finanzielle Unterstützung ihren Einfluss am Mittelmeer ausbauen und auch wirtschaftlich-finanziell profitieren. Russland kontrolliert beispielsweise grosse Teile der syrischen Phosphatindustrie und hat Konzessionen für Mittelmeerhäfen erhalten. Der Iran generiert über den Besitz wichtiger syrischer Mobilfunklizenzen jeden Tag Einnahmen.¹⁰

Präsident Wladimir Putin wiederum hat Ende Mai 2020 sein Verteidigungs- und Aussenministerium damit beauftragt, mit der syrischen Seite Verhandlungen über eine Erweiterung der russischen Militärbasen zu führen. Moskau fordert die Übergabe weiterer Militärbasen sowie Zutritt zu Wasserflächen, um die Manövrierfähigkeit der russischen Truppen zu erhöhen.¹¹

Die russische Sicherheits- und Militärpolitik in Libyen

Die innenpolitische und auch die ausenpolitische Situation Libyens ist sehr komplex, zahlreiche internationale Staaten, unter anderem die Türkei, Ägypten, Russland und die Vereinigten Arabischen Emirate üben Einfluss auf Libyen aus, dabei geht es um reiche Öl- und Gasvor-



Russische Drohnen werden in Syrien und in Libyen eingesetzt.

kommen, um die Kontrolle über 700 000 Flüchtlinge mit dem Ziel Europa, um den Kampf gegen die jihadistische Organisation «Islamischer Staat» (IS) sowie um regionale Dominanz.¹² Die Vereinten Nationen haben die Regierung des Ministerpräsidenten al-Sarradsch in Tripolis anerkannt und stehen offiziell hinter ihr. Die türkische Intervention zu Gunsten dieser libyschen Regierung lehnen allerdings viele Staaten ab, ebenso wie sie dagegen sind, dass Russland, die Vereinigten Arabischen Emirate und Ägypten den abtrünnigen General Haftar unterstützen. Verbündet mit Haftar sind Ägypten, die Vereinigten Arabischen Emirate und Russland. Die Vereinigten Arabischen Emirate haben Drohnen und Luftabwehraketen geliefert, Russland Waffen und Munition.¹³ Russland soll mindestens 14 Kampffjets zur Absicherung des Rückzugs der Truppen Haftars in den Osten Libyens entsandt haben.¹⁴

Russland verstärkte seit dem Frühjahr 2020 sein Engagement in Libyen, russische Private Military Companies (PMCs) kämpfen für die Truppen des Rebellen-Generals oppositionellen Rebellenführers, General Chalifa Haftar. Ende Mai informierte der US-General Stephen Townsend, Chef des US-Militärkommandos für

Afrika (Africom), die Öffentlichkeit über Twitter: Russische Kampfflugzeuge seien von Russland nach Libyen geflogen und hätten einen Zwischenstopp in Syrien eingelegt. Dabei seien die Maschinen überstrichen worden, «um ihre russische Herkunft zu verschleiern», so der US-General.¹⁵ Russland versuche eindeutig, in Libyen den Ausschlag zu seinen Gunsten zu geben, so der Kommandeur weiter.

Russland wies diese Darstellung zurück. «Das sind Falschnachrichten», erklärte der Vizevorsitzende des Verteidigungsausschusses der Staatsduma, Andrej Krasow.¹⁶ Den Vorwurf, Russland setze in Libyen russische Private Military Companies (PMCs) ein, erheben nicht nur die USA, sondern auch Grossbritannien. Ein UN-Bericht, den Russland sofort als «fabriziert» zurückwies, kommt auch zu diesem Schluss. Als der libysche General Haftar 2014 das militärische Kommando über die Truppen der libyschen Exilregierung in Tobruk übernahm, sah die russische Regierung in ihm einen geeigneten Partner, russische Interessen in Libyen wahrzunehmen, Haftar bot der russischen Regierung Zugang zum libyschen Energiemarkt und die Nutzung der Mittelmeershäfen in Tobruk und Darnah an.

Bisher setzte die russische Regierung in Libyen auf eine indirekte militärische Präsenz durch russische Söldner. «Die Tendenz, sich mehr und mehr auf PMCs als ausenpolitisches Instrument zu verlassen, ist ein grundlegendes Merkmal von Putins Strategie auf vielen Feldern», erklärt eine Analyse des «Washington Institute». Auch das Umlackieren russischer Militärflugzeuge in Syrien für einen Einsatz in Libyen würde in dieses Bild passen. Eine komplexe Mischung aus Subunternehmen, so das «Washington Institute», mache es schwierig, die Verantwortlichkeiten der eingesetzten Kräfte klar zu identifizieren. Den russischen PMCs gehören Scharfschützen ebenso wie Techniker an, die etwa auf den Einsatz von Drohnen spezialisiert sind. Diesen gelang es in den vergangenen Monaten, eine US-Drohne und eine italienische Drohne abzuschiesen, was ein technisches Know-how voraussetzt, über das Haftars Truppen nicht verfügen.¹⁷

Fazit

Die in diesem Artikel analysierte russische Strategie in der Ost-Ukraine, in Syrien und in Libyen beweisen, dass die Sicherheits- und Militärpolitik Russlands seit spätestens 2014 als offensiv-aggressiv beschrieben werden muss. Die NATO und Russland sind spätestens nach der russischen Offensive in der Ost-Ukraine auf einem konfrontativen Kurs. Russlands sicherheits- und militärpolitisches Denken und Handeln unterscheidet sich grundsätzlich von der europäischen Sicherheits- und Militärpolitik. Während die Europäer mit der Stärkung kollektiver Sicherheit, internationaler Institutionen und internationalen Rechts einen multilateralen Ansatz verfolgt, gehen russische Eliten vom Recht des Stärkeren in einer multipolaren Welt aus, in der es nur begrenzte, interessenorientierte Allianzen mit anderen Staaten geben kann. ■

1 https://www.swp-berlin.org/fileadmin/contents/products/arbeitspapiere/Arbeitspapier_Eitelhuber_Fg03_2019.FINAL.pdf (29.9.2020).

2 <https://www.nzz.ch/meinung/fuer-einen-neuen-anlauf-mit-russland-raus-aus-der-eskalations-spirale-ld.1471844> (29.9.2020).

3 <https://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/283430/ukraine-konflikt-der-vergessene-krieg-im-osten-europas> (29.9.2020).

4 Ebd.

5 BBC (2019): How many IS foreign fighters are left in Iraq and Syria? <https://www.bbc.com/news/world-middle-east-47286935> (29.9.2020).

6 Ebd.

7 <https://monde-diplomatique.de/artikel/15502253> (29.9.2020).

8 Ebd.

9 <https://www.handelsblatt.com/politik/international/machtkonflikt-russland-und-iran-ringen-in-syrien-um-einfluss/25897172.html?ticket=ST-652238-TcV1tyeTXwXGbzI04TcK-ap3> (29.9.2020).

10–11 Ebd.

12 <https://www.tagesschau.de/ausland/libyen-haftar-113.html>; <https://www.veko-online.de/sicherheitspolitik/der-buergerkrieg-in-libyen-ein-internationaler-stellvertreterkrieg.html> (29.9.2020).

13–14 Ebd.

15 <https://www.dw.com/de/russlands-getarnter-stellvertreterkrieg-in-libyen/a-53592047>; <https://www.veko-online.de/sicherheitspolitik/der-buergerkrieg-in-libyen-ein-internationaler-stellvertreterkrieg.html> (29.9.2020).

16–17 Ebd.



Prof. Dr. Stefan Goertz
Professor für Sicherheitspolitik, Extremismus- und Terrorismusforschung
Hochschule des Bundes
D-23562 Lübeck

**HÖHER.
SCHNELLER.
ZUVERLÄSSIG.
LUFT- UND
DATENHOHEIT.**



**FLY
WE MAKE IT**

Für den Luftpolizeidienst erweist sich der Eurofighter als das Flugzeug der Wahl. Seine exzellente Leistungsfähigkeit bietet zuverlässigen Schutz für die Schweiz. Der Eurofighter ermöglicht einen unabhängigen Betrieb bei voller Datenhoheit. Er wurde von vier europäischen Partnernationen konzipiert und sichert über Jahrzehnte Eigenständigkeit und Autonomie.

Sicherheit und Autonomie. We make it fly.